Freitag, 14. September 1923 · 71. Jahrgang Nr. 431

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 400000 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Montags u. Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich M. 1 800 000.— im voraus zahlbar. Abonnementsverbindungen während der Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung des entsprechenden Entgelts. Tagespreis für Anzeigen: Die 12gespalt. Zeile M. 1 500 000; für Familien-Anzeigen M. 720 000, für kleine Anzeigen: das Wort M. 400 000, das fettgedruckte Wort M. 800 000. Haupt-Exped.: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernspr.: Dönhoff Nr. 940 bis 8456; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Str. 67—68, Wiener Str. 1—4, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 246, Frankfurter Str. 10, Greifswalder Str. 197, Kochhannstr. 6, Schönhauser Allee 144, Schloßstraße 1, Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Königgrätzer Str. 56—57, Rosenthaler Straße 40, Rathenower Straße 5, Turmstr. 61, Potsdamer Straße 38, Leipziger Straße 108, Zimmerstraße 50, Blücherstraße 60, Fidicinstraße 9; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2, Kantstraße 34, Scharrenstraße 39, Nürnberger Straße 25—26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1—3; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93—94, Kaiser-Friedrich-Straße 247—48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstraße 23—24, Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstraße 130; Tempelhof: Berliner Straße 147; Treptow: Kriliusstraße 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 51—52; Döberitz: Schloßstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Militärputsch in Spanien

Der Generalkapitän von Barcelona gegen die Regierung — Kriegszustand in Katalonien — Keine antidynastische Bewegung — Die Regierung will nicht weichen

Paris, 13. September. (W. T. B.)

Die Agence Havas veröffentlicht folgende Nachricht aus Barcelona: Der Gouverneur Primero de Rivera hat eine Proklamation erlassen, in der er die Regierung anklagt, sie führe das Land dem Untergange entgegen und mitteilt, daß die Militärpartei beschlossen hat, die Regierung zu übernehmen und den Belagerungszustand zu verhängen. Um 4 Uhr morgens ist die Telephonzentrale besetzt worden. Die Stadt ist ruhig. Man erwartet die Ausführung der angekündigten Maßnahmen in kürzester Frist.

Nach aus Madrid eingetroffenen Nachrichten ist die Regierung in der vergangenen Nacht in aller Eile zu einer Beratung zusammengetreten.

Barcelona, 13. September. (Eca.)

Der Belagerungszustand ist erklärt worden. General Loseda hat unter Befehl des Generalhauptmannes die Regierung der Provinz Barcelona übernommen und den Gouverneur abgesetzt. In den anderen katalonischen Provinzen haben die Militärbehörden die Regierungsgewalt in die Hand genommen. In Katalonien scheinen der Bewegung keine großen Schwierigkeiten bereitet zu sein. Ueber die Lage im übrigen Spanien sind noch keine genauen Einzelheiten eingetroffen. Die Polizei- und die Zivilgarde wie die übrigen öffentlichen Behörden scheinen sich mit der neuen Lage abgefunden zu haben.

Madrid, 13. September.

Der Generalhauptmann von Katalonien hat dem König ein Telegramm gesandt, in dem er den Herrscher auffordert, sich der Politiker zu entledigen, die das Land dem Ruin entgegenführen. Der Ministerrat ist verflossene Nacht um 3 Uhr zusammengetreten und hat wichtige Entscheidungen getroffen. Man hat ein Geschwader vor Barcelona geschickt. Der König führt nach Madrid zurück. Das Gerücht ist im Umlauf, daß die Garnisonen von Bilbao und Saragossa sich der Bewegung angeschlossen haben.

Barcelona, 13. September.

Um 7 Uhr morgens ist das Leben in der Stadt Barcelona vollkommen normal. Man erwartet unverzüglich die Verkündigung des Belagerungszustandes, der bereits seit drei Uhr morgens de facto besteht. Es wird mitgeteilt, daß ganz große Garnisonen, insbesondere die von Madrid, Saragossa und Sevilla sich der Bewegung angeschlossen haben. In dem bereits veröffentlichten Dokument wird versichert, daß sowohl gegen den Minister des Auswärtigen, als auch gegen den Ministerpräsidenten ein Prozeß eröffnet worden sei. Des weiteren wird behauptet, daß unter dem Schutze der militärischen Behörden eine revolutionäre Regierung eingesetzt werde. Das veröffentlichte Dokument versichert, daß die Verbindung der revolutionären Führer mit dem König aufrecht erhalten werde. **Man nimmt daher an, daß die Bewegung gegen die Regierung, nicht aber gegen die Dynastie gerichtet ist.** Der Minister des Aeußern soll bereits in St. Sebastian verhaftet worden sein.

Madrid, 13. September.

Im Anschluß an die Sitzung des Ministerrates wurde eine Note veröffentlicht, die eine Depesche des Generalhauptmanns von Katalonien wiedergibt, in der die Möglichkeit ins Auge gefaßt wird, den Belagerungszustand in Spanien zu proklamieren. In diesem Falle, so behauptet der Generalhauptmann, wäre es für das Wohl des Vaterlandes besser, wenn das augenblickliche Kabinett einem anderen Platz machen würde. Der Generalhauptmann, so fügt die Note hinzu, verlange die Proklamation des Kriegszustandes und die eventuelle Unterstützung der Garnisonen der anderen Provinzen, um die Ordnung in Barcelona aufrecht zu erhalten. Auf diese Forderung antwortete die spanische Regierung, daß sie auf dem Posten bleiben werde, den ihr das Land anvertraut habe, und daß sie nur der Macht weichen würde. In hiesigen Kreisen herrscht die allgemeine Meinung, daß der Generalhauptmann von Katalonien die separatistische Bewegung von Barcelona nur zum Vorwand genommen habe, um den Willen der Militärs dem erst kürzlich umgeformten Kabinett aufzuzwingen. **Es wird dabei darau erinnert, daß der General Primero de Rivera, Generalhauptmann von Katalonien, sich erst kürzlich gegen die Aufgabe der militärischen Operationen in Marokko ausgesprochen hatte.**

* * *

Der spanische Militärputsch, über dessen Ausdehnung und Erfolgsmöglichkeiten die bisher eingelaufenen einander widersprechenden Meldungen, die zumeist Pariser Herkunft sind, kein klares Bild ergeben, kommt einigermaßen überraschend, auch wenn man in Betracht zieht, daß seit Monaten schon eine allgemeine Mißstimmung tiefe Furchen zog. Der Marokkofeldzug mit seinen Opfern und Enttäuschungen übersteigt die wirtschaftliche und auch psychische Tragkraft des Volkes.

Soweit sich die Situation im Augenblick überschauen läßt, handelt es sich um einen Gewaltstreich politisierender Offiziere, der seinen Ausgangspunkt in Barcelona hat, dem kommerziellen Zentrum des Landes, das auch das Zentrum revolutionär-syndikalistischer und katalonisch-separatistischer Strömungen ist. Es scheint sich indessen in diesem Falle um keine von den beiden zu handeln, sondern lediglich um einen einseitig militaristischen Coup, der sich lediglich gegen die gegenwärtige Regierung wendet, die das Marokkoabenteuer liquidieren möchte, wahrscheinlich auch gegen das Parlament, aber nicht gegen die Dynastie.

Die Regierung in Madrid scheint entschlossen zu sein, Widerstand zu leisten. Ob es ihr gelingen wird, hängt davon ab, ob die Aufruhrparole des Generalkapitäns von Barcelona auch die anderen großen Garnisonen mit sich reißt. Jedenfalls steht abermals ein europäisches Land an der Schwelle des Bürgerkrieges. Gesetz oder Militärdiktatur, Fascismus oder Parlamentsregierung, das ist nun auch für Spanien die Schicksalsfrage geworden.

Dollar (New-York)

Geld: 114 285 714 — Brief: 100 000 000

Die endgültige Lohnmeßzahl für die Reichsarbeiter wurde auf Grund der abgeschlossenen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen auf 8225 festgesetzt. Die weiteren Einzelheiten sind aus dem Reichsbesoldungsblatt zu ersehen.

In Beuthen ist es zu Teuerungsunruhen gekommen.

Die Dortmunder Banken und die Stadtverwaltung haben beschlossen, die Notgeldscheine mit Ablauf des 15. September wieder aus dem Verkehr zu ziehen.

Der Buchschlüssel des Börsenvereins deutscher Buchhändler ist ab 14. September 12 Millionen.

Die Beamten der Leipziger Großbanken sind in den Streik getreten.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem Arbeitslosigkeitsproblem.

Die rheinisch-westfälischen Brauereien wollen nur noch nach Goldmark rechnen.

Der preußische Landtag will sich in der nächsten Woche bis zum 16. Oktober vertagen.

Nach Athener Meldungen treten in den Ortschaften an der Grenze wieder albanische Banden auf.

Die Vertreter der kleinen Entente in der Völkerbundsversammlung haben sich darauf geeinigt, die Kandidatur des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch für einen der nicht ständigen Ratssitze aufzustellen.

Verpaßte Gelegenheiten

Deutschland und der Völkerbund

Von

Leopold Loewenthal

Die Mitwirkung Deutschlands am Werk des Völkerbundes ist von verschiedenen Kreisen seit Jahr und Tag gefordert worden. Aber im Gegensatz zu Mathias Erzberger, der von vornherein auf den Beitritt den größten Wert legte, haben die einander folgenden deutschen Regierungen der Frage kühl und skeptisch gegenübergestanden; ein Teil der Parteimänner behauptet heute noch, Deutschland dürfe weder dem Beispiel der Neutralen, noch dem der Waffenbrüder folgen: das verstoße gegen die nationale Ehre!

Das psychologisch Verkehrte dieser Haltung erinnert in geradezu typischer Weise an die Stellungnahme des ehemaligen Herrn von Deutschland, an die Instruktionen Wilhelms II. für die Vertreter des Reiches bei der Haager Friedenskonferenz. Auch damals glaubte man in diesem Lande, daß man mit dem alten, guten Schwerte, das scharf bleiben mußte, etwas aufgab, um einer schönen Idee zu huldigen. Woran man leider nicht dachte, war damals wie heute, daß mit dem endgültigen Verzicht auf kriegerische Austragung von internationalen Streitfragen, diesem Hauptzweck eines Völkerbundes, unendlich viel gewonnen werden konnte und kann. Dabei soll die finanziell-wirtschaftliche Erleichterung als Folge der Abrüstung und einer Solidarität der Völker ganz außer Betracht gelassen werden. Mit dem europäischen Friedensbunde, wie ihn Witte und Campbell-Bannermann im Auge hatten, konnte die Integrität der Grenzen, die Freiheit und Freizügigkeit Deutschlands, das Recht auf koloniale Betätigung wahrlich für einen billigen Preis erobert werden. Leider hat schon damals in der Seele Wilhelms II. das Militärische den Ausschlag gegeben.

Aber waren die Erben und Nachfolger des Reiches klüger? Sie waren es nicht. Der Völkerbund war ihnen eine Frage, die immer noch sehr gut Zeit hatte. Daß die ganze krampfartige Entwicklung der letzten zehn Jahre, welche die gesamte Bevölkerung des Erdballs so sehr in Mitleidenschaft zog, letzten Endes nur Begleiterscheinung und Folge des großen Krieges war, ist ihnen entgangen. Für das Problem des endgültigen Friedens, das alle anderen, einschließlich des sozialen, überschattet, haben sie nur ein geringschätziges Lächeln übriggehabt.

Nach dem Artikel zehn des gegenwärtigen Statuts werden die territorialen Grenzen der Völkerbundsstaaten gemeinsam geschützt. Der Ruhreinfall wäre, die Zugehörigkeit Deutschlands zum Bunde vorausgesetzt, ein Satzungsbruch von seiten Frankreichs gewesen. Der Artikel dreizehn zwingt die Bundgenossen, Streitigkeiten aus Verträgen der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen. Auch dieser Artikel hätte den Ruhrkonflikt schnell beenden können. Aber der Völkerbund war ja eine Frage, die Zeit hatte.

Das Deutschland von heute steht, ohne jede Einschränkung, unter der absoluten Vorherrschaft des französischen Militärs, das diese Suprematie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten gesonnen ist. Die eigentlichen Exponenten des alten Frankreich — ja, des ancien régime im wahrsten Sinne des Wortes — sind Foch und Dégoutte. Von diesem militärischen Stiefel kann Deutschland sich aus eigener Kraft nicht befreien, und es ist Vogelstraußpolitik, diese Befreiung von anderen militärischen Mächten zu erwarten. Sie kann nicht von Amerika, nicht von England und nicht von Italien kommen. Sie kann einzig und allein erfolgen durch den Druck der öffentlichen Meinung, durch den Sieg der pazifistischen Demokratie in Frankreich selbst.

Korfu und Fiume

Vor dem Ablauf des italienischen Ultimatums

Genf, 13. September. (W. T. B.)

Von jugoslawischer Seite wird erklärt, daß für ein besonderes Verfahren im Fiume-Konflikt bis jetzt noch kein Anlaß besteht, dagegen werden in Genf direkte Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden beteiligten Staaten stattfinden.

Paris, 13. September. (W. T. B.)

Nach einer Meldung des Londoner Berichterstatters des „New York Herald" wird in Londoner bestunterrichteten Kreisen angeblich angenommen, daß die englische Regierung die Frage der Besetzung Korfus erneut zur Sprache bringen werde, falls es der Botschafterkonferenz nicht gelinge, von Mussolini endgültige Zusicherungen im Sinne einer schleunigen Räumung zu erzielen. Frankreich, das dagegen sei, daß die Frage in der Völkerbundsversammlung wieder aufgeworfen werde, solle bei Italien inoffiziell seinen Einfluß geltend machen, um die Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes für die Zurückziehung der Italiener aus Korfu zu erreichen.

London, 13. September.

Zu dem Korfu- und dem südslawischen Problem schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph", in diplomatischen Kreisen habe gestern die Ansicht vorgeherrscht, daß die Lage in Südosteuropa von Stunde zu Stunde ernster werde.

„Daily Expreß" schreibt, das italienische Ultimatum an Südslawien in der Fiume-Frage laufe am nächsten Sonnabend ab. Es würden bereits aus den nördlich von Fiume liegenden Ländern Truppenzusammenziehungen gemeldet. **Wenn Italien seine Forderung einer unverzüglichen Regelung des Streites nicht abändere, so scheine ein Krieg unmittelbar bevorzustehen.**

Voraussetzung und Schlußfolgerung

Der „Temps" kritisiert Stresemann

Paris, 13. September. (Eca.)

Zu den Erklärungen des Reichskanzlers Stresemann schreibt der „Temps": Diejenigen, die aus Berlin ein entscheidendes Wort erwartet haben, werden durch die Erklärungen Stresemanns enttäuscht. Der deutsche Kanzler hat gestern abend gesprochen, aber er hat nicht die Einstellung des Widerstandes angekündigt. Eine Verhandlung kann infolgedessen nicht eröffnet werden. Soweit wir aus den telegraphischen Auszügen die Erklärungen Stresemanns kennen, enthalten diese indessen zwei interessante Punkte. Aber in beiden Fällen hat der Reichskanzler sich darauf beschränkt, die Voraussetzungen darzulegen, ohne alsdann die Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Er hat anerkannt, daß Deutschland weder seine Währung noch seine wirtschaftliche Blüte wiederherstellen kann, solange der Ruhrkonflikt andauert. Er hätte daraus schließen müssen, daß das Interesse Deutschlands selber die sofortige Einstellung des Konflikts verlange, d. h. die Einstellung des Widerstandes. Aber nein, nachdem er mutig eingestanden hat, daß es einer Einstellung des Kampfes bedarf, hat er Bedingungen gestellt.

Blauweißer Stunk

München, 13. September. (W. T. B.)

Die Koalitionsparteien des bayerischen Landtags sind zu einer dreistündigen Besprechung zusammengetreten, an der auch das Gesamtkabinett teilnahm. Gegenstand der Besprechung war die politische Lage im Reich und in Bayern.